

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, Herr Bürgermeister, Ratskolleginnen – und Kollegen, meine Damen und Herren, zunächst einmal gilt mein und unser Dank der Kämmerei, insbesondere Frau Tonn, für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs, der transparent und übersichtlich dargestellt ist.

Es gab dieses Mal, glaube ich, überhaupt keine Änderungsanträge zum Entwurf. Das liegt aber nicht am mangelnden Interesse der Ratsmitglieder, sondern daran, dass es praktisch für die Politik keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten mehr gibt.

Im Haushalt sind alle notwendigen Ausgaben aufgelistet, vor allem der Schulneubau und das neue Feuerwehrhaus an der Este, um nur die größten Positionen zu nennen. Zudem investieren wir in den nächsten Jahren in die Straßensanierung und die Sportplätze. Dies alles mit der Perspektive, dass wir unseren Schuldenstand in den nächsten 3 Jahren um knapp 20 Millionen auf nahezu 30 Millionen Euro erhöhen.

Das heißt, wir erwarten einen Schuldenstand, der das gesamte Haushaltsvolumen eines Jahres übersteigt. Dabei sind keine Ausgaben vorgesehen, die man als „nice to have“ definieren könnte. Nein, es sind alles notwendige Ausgaben, das meiste davon sogar Pflichtaufgaben.

Das führt aber genau dazu, dass wir keine alternativen Gestaltungsmöglichkeiten haben. Wir können nicht sagen, die SPD spricht sich dafür aus, die GRÜNEN dafür, die FDP präferiert diese Ausgaben, der Bürgerverein setzt andere Akzente und die CDU will lieber das und lehnt dafür die oder jene Ausgabe ab. Diese Entscheidungsalternativen haben wir nicht.

Wir müssen unsere notwendigen Ausgaben vielmehr mit Investitionsmitteln, d.h. Geld planen, das wir eigentlich nicht haben. Allein der Neubau der Schule, ohne die Sporthalle, hat ein Volumen in Höhe unseres gesamten Jahresbudgets.

Da fragt man sich doch, wie das angehen kann. Der Grund liegt in der massiven Unterfinanzierung der Gemeinden in Niedersachsen. Seit Jahren sind die Kommunen nicht mehr in der Lage, ihren zugewiesenen Aufgaben in finanzieller Hinsicht

nachzukommen. Und die Belastungen steigen. Ich denke da beispielsweise an die Kosten für die Flüchtlinge oder den Einnahmeausfall aus der Beitragsfreiheit für die KiTas, die nie vollständig vom Land oder vom Bund kompensiert wurden. Und dann werden die Gemeinden noch seitens des Landes für Investitionsrückstände kritisiert.

Wann endlich wird der kommunale Finanzausgleich mit dem Ziel angefasst, den Gemeinden mehr Geld aus dem Steueraufkommen zur freien Verfügung zuzuweisen, damit sie ihrer Selbstverwaltungsaufgabe gerecht werden können?

Jetzt kann man natürlich einwenden, dass es eine Vielzahl von Förderprogrammen zur Bezuschussung kommunaler Investitionen gibt. Ja, die gibt es. Der Nachteil daran ist nur, dass die Frist der Antragstellung oftmals sehr knapp ist und wegen ihrer Komplexität kleine Gemeinden wegen mangelnder Personalkapazität teilweise überfordern. Zudem sind sie meistens zeitlich befristet und setzen regelmäßig einen finanziellen Eigenanteil voraus. Das heißt, die Städte und Gemeinden werden mit Geld gelockt, damit sie in dem vorgegebenen Zeitraum dort investieren, wo das Land oder der Bund dies für sinnvoll erachten.

Das ist so, als wenn Eltern ihren Kindern ein zweckgebundenes Taschengeld zum Kauf eines Laptops im Sommer 2022 geben, von denen sie dann 1/3 davon selbst zahlen müssen. Das mag ja grundsätzlich nicht so abwegig sein. Blöd nur, wenn der Laptop diesen Sommer noch gar nicht benötigt wird, sondern vielleicht erst in 2 Jahren. Nein, sagen die Eltern, das Geld gibt es nur in diesem Sommer. Also entweder zahlt das Kind seinen Eigenanteil jetzt für den Laptop, den es noch gar nicht braucht oder es verzichtet darauf mit dem Risiko, dass das Kind die Anschaffungskosten für den Laptop selbst tragen muss, wenn es ihn dann tatsächlich braucht.

Genauso läuft das gesamte Fördermittelsystem. Den Städten und Gemeinden wird vom Bund oder Land vorgegeben, worin sie wann zu investieren haben, ob diese Investition zu diesem Zeitpunkt nun sinnvoll ist oder nicht. Es geht also nicht nach der Notwendigkeit der Investitionen, die die Kommune doch selbst am besten beurteilen kann, sondern darum, was sich die Ministerialbürokratie am grünen Tisch ausgedacht hat. Für mich ist das ein klarer Verstoß gegen das verfassungsrechtlich geschützte Selbstverwaltungsprinzip der Gemeinden.

Zurück zu unserem Haushalt:

Wir planen ein ordentliches Ergebnis von – 865.270 €. Das bedeutet, dass unsere ordentlichen Aufwendungen die ordentlichen Erträge um diesen Betrag übersteigen. Wir nehmen jetzt also schon im 2. Jahr weniger Geld ein, als wir ausgeben. Und in den Ausgaben sind Zins und Tilgung der geplanten Neuverschuldung noch nicht enthalten. So kann nur die öffentliche Hand haushalten. Kein Privatmensch und auch kein Unternehmen würden eine Kreditaufnahme in der Höhe ihres Jahresbudgets planen, wenn ihre derzeitigen Einnahmen die Ausgaben nicht deckten und es keine aussichtsreichen Gewinnerwartungen für die nächsten Jahre gäbe.

Aber wie gesagt, wir planen ja kein Luxusausgaben, sondern die Kreditaufnahme dient dazu, unsere gesetzlich zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Wir haben also keine andere Wahl.

Allerdings müssen wir unsere Einnahmen in den nächsten Jahren erhöhen. Ich denke da in erster Linie an die Erhöhung unserer Gewerbesteuerereinnahmen durch Ausweisung neuer Gewerbeflächen sowie die Ausweisung neuer Wohngebiete, um steuerpflichtigen Familien Wohnraum anbieten zu können.

In diesem Zusammenhang werden wir darauf achten, wie das kulturelle Schutzgut – wie im Landesraumordnungsprogramm das Alte Land ausgewiesen werden soll – genau definiert wird.

Wir treten für des Schutz unserer Kulturgüter in unserer Gemeinde ein, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass sich unsere Gemeinde in wirtschaftlicher Hinsicht weiter entwickeln kann, damit wir unseren finanziellen Verpflichtungen nachkommen können. Es wäre kontraproduktiv und würde auch nicht der Tradition der Entwicklung unserer Heimat entsprechen, die Gemeinde zu einem Museumsdorf werden zu lassen.

Gerade deshalb war die Konzentration auf die Traditionskerne, weg von der Flächenbewerbung der richtige Ansatz, den wir auch weiterhin verfolgen sollten. Und darauf werden wir achten, wenn das neue Raumordnungsprogramm des Landkreises zur Diskussion steht.

Vielen Dank.